

## KURZ UND PRÄGNANT

### Unterstützung für Genossenschaften

Zur Debatte im Landtag steht jetzt ein Antrag der Koalitionsfraktionen zur verbesserten Unterstützung von Genossenschaften und anderen Formen des solidarischen und demokratischen Wirtschaftens. Mit der rot-rot-grünen Genossenschaftsinitiative sollen Förderhemmnisse abgebaut und neue Förderwege entwickelt werden, die vor allem dem ländlichen Raum und der Daseinsvorsorge zugute kommen. Die Genossenschaftsinitiative bündelt ein Maßnahmenpaket in ganz unterschiedlichen Bereichen, etwa der Aktualisierung bestehender Förderprogramme, der Prüfung möglicher Förderlücken, der Zulassung des wirtschaftlichen Vereins als weiteres Instrument (damit wurden etwa in Rheinland-Pfalz viele Dorfläden aufgezo-gen) und der Unterstützung von Genossenschaften in anstehenden Bundesratsbelangen.

Rot-Rot-Grün betrachtet Genossenschaften als eine zu unterstützende Wirtschaftsform, da hier Solidarität, Demokratie und gesellschaftlicher Mehrwert perfekt zusammenkommen. Daher ist es ein besonderes Anliegen, dass behindernde Strukturen überwunden werden müssen. ■

### Im Stich gelassen

Dass die zu Recht kritisierte menschenunwürdige Gemeinschaftsunterkunft (GU) in Meiningen immer noch nicht geschlossen wurde, „macht mich fassungslos“, kritisiert Sabine Berninger, flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion. „Nach dem, was Minister Lauinger vor sieben Wochen im Ausschuss verkündete, dass das Landesverwaltungsamt gebeten wurde, den Landkreis anzuweisen, diese GU binnen einer Woche zu schließen, fühle ich mich – gelinde gesagt – veralbert und hingehalten“, so die Abgeordnete zur Ankündigung des Zurückruderns. „Ich kann verstehen, wenn sich die vor Ort Aktiven, der Flüchtlingsrat und ganz besonders die betroffenen Geflüchteten, die in dieser Halle wohnen müssen, vom zuständigen Ministerium und dem Landesverwaltungsamt im Stich gelassen fühlen.“ Dass dort derzeit nur noch junge Männer untergebracht sind, relativiere das Problem nicht. Zudem stünden bessere Unterbringungsplätze auch in dem betroffenen Landkreis leer. „Der menschenrechtsorientierte flüchtlingspolitische Anspruch der Koalition sollte nicht zuletzt auch durch das Landesverwaltungsamt und die Behörden, die die Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis ausführen, ernst genommen und umgesetzt werden.“ ■

# Einsatz in der Schule

## Eindrücke vom Praktikum der Fraktionsvorsitzenden in einer Weimarer Regelschule

In einer Regelschule in Weimar absolvierte Susanne Hennig-Well-sow, die Vorsitzende der Linksfraktion, am 19. Januar ein weiteres Praktikum, nachdem sie zuvor bereits zu erfolgreichen Praktika-Einsätzen in einer Kindertagesstätte und in einem Fleischverarbeitungs-betrieb war.

Am frühen Morgen wurde Susanne von der Lehrerin Doreen Amberg in der Regelschule begrüßt. Nach einem Gespräch über die Aufgaben und Pflichten von Lehrerinnen und Lehrern, das Leitbild und das pädagogische Konzept der Schule ging es schon in einen der zahlreichen Klassenräume. Die erste Unterrichtsstunde begann um 08:00 Uhr. Im Ethikunterricht der Klasse 9a wurde das Thema „Tod, Trauer, Sterben“ behandelt.

Nach einer kurzen Frühstückspause im Klassenraum ging es weiter mit der zweiten Unterrichtsstunde. Im Fach Deutsch lernten die Schülerinnen und Schüler die wesentlichen Grundregeln anhand der Fragestellung „Schuluniform ja oder nein“ für das Verfassen einer Erörterung kennen. Die etwas längere Pause wurde für einen Rundgang im Schulgebäude genutzt.

In der folgenden Ethikstunde der Klasse 9c diskutierten Schüler, Lehrerin und die Praktikantin über Werte und Normen in unserer Gesellschaft. Dabei ging es besonders um die rassistische und menschenfeindliche Politik der AfD und um die am Tag zuvor ge-



haltene Rede ihres Fraktionsvorsitzen-den Björn Höcke in Dresden. Ein Auszug der Rede wurde ohne die Nennung des Autors an die Wand projiziert. Die Schüler sollten raten, von wem die Rede gehalten wurde. Einige brachten die Rede mit Bismarck, andere mit Adolf Hitler in Verbindung. Das Entsetzen war groß, als der wahre Urheber bekannt wurde. Einig war sich die Klasse darin, dass Normen und Werte einer

Gesellschaft, wie Mitmenschlichkeit, Hilfsbereitschaft und Fürsorge, nicht an nationale oder religiöse Identität gebunden werden darf. Anschließend wurde die Flüchtlingspolitik diskutiert. Dabei machte Susanne auf die Verantwortung unserer Gesellschaft für weltweites Leid und Flucht aufmerksam, besonders unter dem Gesichtspunkt der steigenden Rüstungsexporte. „Menschen in Not muss geholfen werden!“, so die Fraktionsvorsitzende.

Um 11.45 Uhr ging es in das nächste Klassenzimmer. Die Klasse 10 der Realschule befasste sich mit dem Thema „Tod, Trauer, Sterben. Die Schüler erhielten von der Lehrerin die Aufgabe, in kleinen Arbeitsgruppen die wesentlichen Aussagen von Philosophen, wie Seneca, Epikur, Sokrates und Thomas Nagel zum Thema „Tod“ anhand von kurzen Textpassagen auszuarbeiten und zusammenzufassen. Die Fraktionsvorsitzende war vom Text des Philosophen Epikur angetan. In einem Brief an einen seiner Schüler vertritt dieser die Position, dass bis zum Todes Augenblick gilt, dass uns der Tod nichts angehe. Als Höhepunkt des Tages durfte Susanne die Unterrichtseinheit Sozialkunde der Klasse 9a zum Thema „Merkmale der Demokratie“ gestalten. Sie führte in die Grundkategorien einer demokratischen Gesellschaft ein. Von besonderer Bedeutung seien dabei die Gewaltenteilung und die Partizipationsrechte der Bürgerinnen und Bürger. In der darauffolgenden offenen Diskussionsrunde berichtete sie über ihre Tätigkeit als Vorsitzende Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Sehr interessiert lauschten die Schüler, als Susanne ihren Tagesablauf als Fraktions- und Parteivorsitzende schilderte.

Die letzte Stunde an diesem Tag widmete die Praktikantin der Klasse 5a. Die Schüler sollten in Freiarbeit einen Text aus einem Lehrbuch zu Substantiv und Fällen in das eigene Schulheft übertragen. Susanne half den zehn- bis zwölfjährigen Kindern dabei, denen die Erschöpfung durch den anstrengenden Schultag deutlich anzumerken war. Entsprechend hoch auch der Geräuschpegel.

„Das Praktikum erhöht meinen Respekt vor Lehrerinnen und Lehrern“, resümiert Susanne Hennig-Well-sow. „Es ist eine enorme Leistung und ein hohes Verantwortungsbewusstsein, das den Pädagoginnen und Pädagogen tagtäglich abverlangt wird. Die Herausforderungen sind immens: Inklusion, Kinder mit Handicap, Kinder, die Deutsch erst lernen etc. Und ich war sehr positiv überrascht, wie groß die Lernbereitschaft bei den Schülerinnen und Schülern war.“

Text und Foto: Arif Rützgär ■

## Bei Altlastensanierung Bund in der Pflicht



Die Forderung an den Bund, Thüringen bei den inzwischen massiv gestiegenen Kosten der Sanierung von Altlasten, vor allem aus dem DDR-Kalibergbau, zu unterstützen, stand im Mittelpunkt einer Pressekonferenz bei der Linksfraktion im Thüringer Landtag. Gegenwärtig muss das Land allein 20 Millionen Euro jährlich für die Altlastensanierung beim Kalikonzern K+S ausgeben. Der Umweltpolitiker der Linksfraktion, Tilo Kummer, und der umweltpolitische Sprecher der LINKEN im Bundestag, Ralph Lenkert, verwiesen auf ihnen vorliegende Unterlagen, aus denen hervorgeht, dass Thüringen in dieser Frage schlechter gestellt ist als das Bundesland Sachsen-Anhalt mit ebenfalls einem Altlasten-Generalvertrag. „Das widerspricht dem verfassungsrechtlichen Gebot der Gleichbehandlung“, betonte Tilo Kummer. Der Bund müsse „an seine Verantwortung erinnert und in die Pflicht genommen“ werden, sagte Ralph Lenkert und legte eine Anfrage an die Bundesregierung vor. Dabei soll sie sich positionieren, inwieweit sie einen Anspruch Thüringens sieht, analog der Risikoklausel von Sachsen-Anhalt behandelt zu werden. Tilo Kummer forderte „Nachverhandlungen zur Beteiligung des Bundes an den Mehrkosten entsprechend des damals festgelegten Schlüssels“. ■